

Peter Struck

Demokratie braucht Demokraten – weltweit!

Wie steht es um die Demokratie? Ein Blick auf die diesjährigen Geschehnisse in Nordafrika und im Nahen Osten, aber auch auf unsere unmittelbaren Nachbarn sowie schließlich auf unser eigenes Land, lässt eine Vielzahl von Antworten auf diese Frage als richtig erscheinen. Sie haben jedoch die Erkenntnis gemein, dass Demokratie niemals als Selbstverständlichkeit angesehen werden kann, sondern des fortwährenden Dialogs unter der Einbeziehung aller Gesellschaftsschichten bedarf. Eine Aufgabe, der sich die Friedrich-Ebert-Stiftung unter ihrem neuen Vorsitzenden ganz besonders verschrieben hat – in Deutschland und weltweit.

Peter Struck

(* 1943) ist Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung und Mitherausgeber der NG/FH, Bundesminister der Verteidigung a.D., war 1998-2002 und 2005-2009 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 2010 erschien bei Propyläen: *So läuft das. Politik mit Ecken und Kanten.*

Wie steht es um die Demokratie? Wie vital ist sie, wie wehrhaft? Welchen Gefährdungen ist sie ausgesetzt? Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist diese Frage von großer Bedeutung. Als politische Stiftung, die seit 1925 den Namen des ersten demokratisch gewählten Staatsoberhauptes Deutschlands trägt, ist die Frage nach dem Zustand der Demokratie sehr wichtig.

Wir wissen um die dauernde Aktualität von Friedrich Eberts klarem Satz: »Demokratie braucht Demokraten«. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung selbst – von 1933 bis 1945 wurde sie von den Nationalsozialisten verboten – ist uns bewusst, dass die Demokratie, auch dann, wenn sie als Staatsform formal und institutionell etabliert ist, nie dauerhaft gesichert ist. Demokratie vererbt sich nicht. Jede Generation muss sie neu lernen, neu üben und leben.

Demokratie kann auch verloren gehen. Die »Förderung des demokratischen Gedankens« ist deshalb nicht nur ein Satzungszweck der FES, sondern unsere zentrale Aufgabe.

Wer den aktuellen Stand der Demokratie in den Blick nimmt, wird auf Widersprüche stoßen. Auf der einen Seite haben wir in den vergangenen Jahrzehnten einen beeindruckenden Siegeszug der parlamentarischen Demokratie erlebt. In den 70er und 80er Jahren wurden in Portugal, Griechenland und Spanien die letzten Diktaturen Westeuropas überwunden. In den 90er Jahren kam es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zu einer beispiellosen Demokratisierungswelle in Mittel- und Osteuropa. Und in diesem Jahr sind wir Zeugen des »arabischen Frühlings« geworden. In zahlreichen Ländern haben sich die Bürgerinnen und Bürger, zum Teil unter Einsatz ihres Lebens, für Demokratie und Freiheit engagiert.

Auf der anderen Seite erleben wir in den etablierten Demokratien eine scheinbare Ermüdung des demokratischen Bewusstseins. Der Rückgang der klassischen politischen Partizipation ist überdeutlich. 1980, als ich zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurde, lag die Wahlbeteili-

gung bei über 88 %. Bei der Bundestagswahl 2009, als ich aus dem Parlament ausgeschieden bin, lag die Wahlbeteiligung bei nur noch 70 %. Ganz zu schweigen von der oft erschreckend geringen Wahlbeteiligung auf Ebene der Länder und Kommunen. Aber nicht nur die Beteiligung bei Wahlen geht zurück, sondern auch das Engagement in Parteien ist rückläufig. Immer weniger Menschen in Deutschland sind bereit, sich dauerhaft in einer Partei für ihre Anliegen zu engagieren. Mit dieser abnehmenden konventionellen politischen Partizipation geht eine dramatische Zunahme sozialer Unausgewogenheit einher. Diejenigen, die sich in die Demokratie einbringen, sind in immer stärkerem Maß die besser gestellten, die gut gebildeten Bürgerinnen und Bürger. Untere soziale Schichten beteiligen sich immer weniger an demokratischen Verfahren. Für die Demokratie ist das bedrohlich, schließlich lebt sie davon, dass möglichst viele Gruppen und Interessen bei der Meinungsbildung vertreten sind. Eine überbordende Dominanz einzelner Gruppen hätte auf Dauer fatale Folgen. Einer meiner Vorgänger als Vorsitzender der FES, Holger Börner, hat das prägnant auf den Punkt gebracht: »Wer keine Politik macht, mit dem wird sie gemacht.«

Der leidenschaftliche Kampf für Demokratie dort, demokratische Ermüdung und wachsende Distanz zur Demokratie hier – beides ist Anlass für die FES, den Stand und die Perspektiven der Demokratie besonders aufmerksam in den Blick zu nehmen.

Demokratie in Deutschland 2011

Mit dem Projekt »Demokratie in Deutschland 2011« haben wir genau das getan. Einige der renommiertesten und profiliertesten Demokratieforscher, wichtige Entscheidungsträger aus Politik und Gesellschaft und ein ausgewählter Teilnehmerkreis haben im Juni diesen Jahres auf einer großen

Fachtagung unserer Politischen Akademie diskutiert, wie es um die Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit der deutschen Demokratie bestellt ist, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welche Anstrengungen zur Stärkung und Belebung der Demokratie unternommen werden können.

Die Befunde zum Stand der Demokratie in Deutschland sind ermutigend und ernüchternd zugleich. Ermutigend ist, dass die Zustimmung zur Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform mit freien und gleichen Wahlen, der Geltung der Menschenrechte und rechtsstaatlichen Prinzipien bei der übergroßen Mehrheit der Deutschen kaum umstritten ist. Die Idee der Gleichheit – nicht der Gleichartigkeit – als Voraussetzung der Demokratie und die demokratische Staatsform werden in hohem Maße bejaht. Ernüchternd ist, dass eine tiefgreifende Skepsis gegenüber der »real

existierenden Demokratie«, so, wie sie in Deutschland praktiziert wird, besteht. Die »politische Klasse« gilt als nicht vertrauenswürdig, die Politikergebnisse werden als schlecht und die Mitentscheidungsmöglichkeiten als unfair wahrgenommen. In einer Studie der FES geben mehr als ein Drittel der Befragten an, dass die Demokratie in Deutschland weniger gut beziehungsweise schlecht funktioniert. Ein gutes Viertel sagt, dass es mit der Demokratie, so wie sie heute bei uns besteht, nichts zu tun hat; ein weiteres Drittel findet diese Haltung falsch, kann sie aber nachvollziehen.

Die Ursachen für diese Skepsis gegenüber der Demokratie sind vielfältig. Die Begrenzungen, an die demokratisches Handeln im Nationalstaat in Zeiten der Globalisierung und eines entfesselten Finanzkapitalismus stößt, sind zu nennen. Ebenso veränderte Beteiligungsmuster der Bürgerinnen und Bürger an politischer Willensbildung. Beteiligung heute ist kurzfristiger und punktueller. Es scheint für viele attraktiver, sich in einer Initiative gegen einen Bahnhofs- oder Hafenausbau einzubringen, statt in einer Partei über einen längeren Zeitraum ein integriertes Verkehrskonzept für eine gesamte Region zu entwickeln. Verschiedene Forscherinnen und Forscher sehen als Ursache für den Vertrauensverlust in die Demokratie auch die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland. Tatsächlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen materiellen und sozialen Fragen und Demokratievertrauen. Nach den wichtigsten Dimensionen von Demokratie befragt, wird die »Gleichheit vor dem Gesetz« von 74 % der Befragten als »sehr wichtig« beschrieben. Als zweitwichtigstes Element von Demokratie wird genannt: »Dass es sozial gerecht zugeht«. Ohne ein Mindestmaß an materieller Gleichheit ist keine Demokratie möglich. Dies lässt sich kaum bestreiten, denn soziale und ökonomische Ungleichheiten sind in rechtlicher und politischer Hinsicht eindeutig dann zu groß, wenn die Armen ihre Rechte, politische

Beteiligung und eine Teilnahme am sozio-kulturellen Leben kaum oder nicht mehr wahrnehmen können und die Reichen sich einen übermäßig großen Einfluss in diesen Bereichen sichern können. Das verträgt sich nicht mit dem Gleichheitsgedanken der Demokratie.

Eine weitere Ursache für sinkendes Vertrauen in die Demokratie ist mir aus eigener Erfahrung besonders wichtig: Es befördert nicht eine lebendige Demokratie, wenn sich in Teilen der Medien, die eine ganz entscheidende Rolle für die demokratische Debatte einnehmen können, eine regelrechte Politikverachtung breit macht. Ich erinnere mit Unbehagen, dass sich im Wahlkampf 2009 ein prominenter Journalist damit gebrüstet hat, Nichtwähler zu sein und dass die Politik gar nicht so gut sein könne, um seinen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht zu werden. Ich kann sehr gut nachvollziehen, wenn bestimmte Positionen, Personen oder auch Parteien nicht mit Anerkennung überschüttet werden. Ich weiß auch sehr genau, dass Politik, gerade, wenn sie demokratisch sein will, mühsam, anstrengend, manchmal langweilig und sicherlich zeitaufwendig ist. Aber sie muss es sein, wenn alle Betroffenen gehört und die beste Lösung gefunden werden soll. Den politischen Prozess insgesamt und damit auch das demokratische Verfahren verächtlich zu machen, das Spielfeld anderen zu überlassen und zum Rückzug aus der Politik aufzurufen, das ist fahrlässig und kurzsichtig.

Was tun?

Wie kann die Demokratie belebt werden? Wie kann mehr Beteiligung gesichert werden?

Im Rahmen des Projekts »Demokratie in Deutschland 2011« wurden zahlreiche Handlungsansätze entwickelt, die allesamt wichtig, anregend und bedenkenswert sind. Sie können unter www.demokratie-

deutschland-2011.de nachvollzogen werden. Zwei Überlegungen möchte ich hier aufgreifen.

Mehr direkte Demokratie: Als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie wird seit einiger Zeit wieder verstärkt diskutiert, Elemente direkter Demokratie auch auf Bundesebene einzuführen. Diese Überlegungen sind interessant, weil sich etwa im Zuge von Bürgerbefragungen oder Bürgerentscheidungen in der Regel breite und lebendige Debatten entwickeln. Direktdemokratische Verfahren geben der Bevölkerung die Möglichkeit, häufiger und unmittelbarer einzelne Sachfragen mitzubestimmen.

Allerdings steigt bei direktdemokratischen Verfahren auch die soziale Selektivität. Die tatsächliche Beteiligung bei Bürgerentscheiden ist in der Regel sehr gering und je geringer die Wahlbeteiligung ist, desto eher sind es die Bessergestellten und Bessergebildeten, die die Abstimmungen dominieren und ihre Interessen durchsetzen.

Wahlpflicht: Eine zweite interessante Überlegung ist die Einführung einer Wahlpflicht. In Ländern wie z.B. Australien, Luxemburg oder in einzelnen Kantonen der Schweiz besteht sie. Wer dort nicht wählen geht, muss in der Regel eine geringe Strafe zahlen. Diese minimalen Sanktionen führen dazu, dass sich deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger an Abstimmungen beteiligen. Das Wahlergebnis ist so unverfälschter, die soziale Unausgewogenheit deutlich zurückgedrängt. Allerdings bedeutet die Einführung einer Wahlpflicht zweifellos auch einen Eingriff in die individuelle Freiheit. Und gerade für uns Deutsche mit der Erfahrung der de facto Wahlpflicht im Nazi-Deutschland und in der DDR ist diese Vorstellung nicht unproblematisch.

Über diese Ideen kann und soll man unterschiedlicher Meinung sein. Wir als Friedrich-Ebert-Stiftung verstehen uns als ein Ort des Diskurses und als ein Forum, auf dem um die besten Lösungen kontrovers gerungen und leidenschaftlich gestritten wird. Während in entwickelten Demo-

kratien das hohe Gut der freien und geheimen Wahl zusehends an Attraktivität verliert, kämpfen im arabischen Raume ganze Generationen dafür, endlich demokratisch wählen zu dürfen. Noch vor kurzem hätte es niemand für möglich gehalten: Scheinbar stabile Systeme wie in Tunesien oder Ägypten brachen zusammen, Despoten wurden davongejagt, überall in der arabischen Welt haben Menschen mutig und entschlossen für Demokratie und Freiheit gekämpft. Gewiss, enorme wirtschaftliche Probleme, krasse soziale Ungerechtigkeiten, Armut und Perspektivlosigkeit sind ebenso ursächlich für den »arabischen Frühling« wie der Wunsch nach Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung.

Und gewiss ist unklar, ob aus dem arabischen Frühling auch ein anhaltender Sommer wird. Alleinherrscher wurden gestürzt, aber die alten Regime sind noch nicht besiegt. Wir wissen nicht, wie sich Ägypten, Tunesien und vielleicht bald auch andere Nationalitäten in der Region in hoffentlich freier Wahl entscheiden werden. Die Rolle der islamistischen Bewegungen und deren Beitrag zum weiteren Demokratieaufbau wird sich erst noch zeigen müssen. Werden sie die demokratischen Grundforderungen der Protestierenden mittragen und sich für deren Verwirklichung einsetzen oder werden sie die Revolution doch noch kapern?

Vieles ist noch offen, aber gerade für uns als Stiftung, die der Sozialen Demokratie verpflichtet ist und die von dem universellen Anspruch von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität überzeugt ist, sind die Aufstände in der arabischen Welt Ansporn und Bestätigung zugleich. Sie haben sich in einer Weltregion abgespielt, die für viele das Sinnbild von autoritärer Regierung und Unterdrückung war. Nicht wenige zweifelten und zweifeln noch heute, dass Demokratie und Islam zusammen funktionieren können. Die Protestbewegungen in der arabischen Welt, aber auch Demokratien wie wir sie in Indonesien

oder der Türkei erleben, zeigen, dass solche Vereinfachungen an der Realität vorbegehen.

Seit über 30 Jahren ist die FES in der arabischen Welt aktiv, wir haben zwölf Büros in den Ländern der Region. Die Ereignisse der vergangenen Monate haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig und hilfreich die Arbeit der FES vor Ort ist. Es waren nicht zuletzt auch unsere langjährigen Projektpartner, die den Protest mitgetragen haben. Die Werte und Ziele, die unsere Arbeit in Deutschland und international prägen, entfalten Strahlkraft und Motivation zum Wandel weltweit.

Arbeit und Ziele der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Projekte, die wir weltweit zur Förderung von Demokratie und Freiheit verfolgen sind sehr unterschiedlich. Gemeinsame Grundlage ist aber das Ziel einer voll entwickelten Demokratie im Sinne der Sozialen Demokratie. Das Demokratieverständnis der FES geht über die nur formale Geltung von bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten hinaus. Sie sind zweifellos ein entscheidender Bestandteil der Demokratie. Aber zugleich gibt es zentrale, nicht zuletzt materielle und soziale, Voraussetzungen für eine echte Demokratie. Denn nur, wer über ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit – etwa die Abwesenheit von Hunger und Not und die Absicherung vor elementaren Lebensrisiken – verfügt, wird sich auch gleichberechtigt in der Demokratie einbringen und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Neben materiellen Gütern wie Nahrung oder Wohnung gibt es freilich weitere Voraussetzungen für Demokratie, beispielsweise Bildung und Information. Deshalb geht es nicht nur um die formale Geltung von bürgerlichen und politischen Freiheitsrechten, sondern gleichberechtigt auch um soziale, ökonomische und kulturelle Freiheitsrechte. Die gleichberechtigte

und reale Wirkung dieser unterschiedlichen Freiheitsdimensionen entspricht unserem Verständnis von Sozialer Demokratie.

Dieses Verständnis von Demokratie wollen wir fördern. So vielfältig unsere Projekte dabei in Deutschland und in über 100 Auslandsbüros sind, drei Projektansätze sind typisch für unsere Arbeit:

1. *Wissen: Die FES als Think-Tank.* Damit gute Entscheidungen mit bestmöglichem Wissen und auf der Höhe der Zeit getroffen werden, entwickeln wir Fachexpertise. Durch Studien, Fachgespräche, Untersuchungen oder Expertenforen kann die FES dazu beitragen, dass die Ergebnisse politischen Handelns auf solider Grundlage entstehen.

2. *Austausch: Die FES als Ort des Dialogs.* Ohne den Dialog miteinander, bei dem unterschiedliche Interessen frei von Ängsten transparent gemacht, nach Lösungen gesucht und Alternativen abgewägt werden, ist Demokratie nicht vorstellbar. In einigen Ländern gehören die Angebote der FES zu den wenigen Orten, an denen ein freier Dialog möglich ist. Aber auch hier in Deutschland ist der verständigungsorientierte und freie Dialog keine Selbstverständlichkeit. Jeden Tag bringt die FES mit ihren Angeboten Menschen miteinander ins Gespräch.

3. *Engagement: Die Friedrich-Ebert-Stiftung als Beteiligungs-Motor.* Mit politischer Bildung wollen wir Betroffene zu Beteiligten machen. Unsere Bildungs- und Qualifizierungsprojekte messen wir daran, ob sie den mündigen Bürger stärken. Sie sollen ihn befähigen, Sachverhalte einzuordnen, die eigenen Interessen darin zu erkennen, sie zu formulieren und schließlich zu vertreten.

Wissen, Austausch und Engagement – das ist der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Belebung der Demokratie. Denn fest steht heute genauso wie im Gründungsjahr der Friedrich-Ebert-Stiftung: Demokratie braucht Demokraten – weltweit, aber eben auch vor der eigenen Haustür!